

Konzerne sollen mehr zahlen

Koalition: Atomsteuer allein reicht nicht

BERLIN. Die Koalition will neben der geplanten Atomsteuer die Kernkraftbetreiber für längere Laufzeiten ihrer Meiler zusätzlich zur Kasse bitten. „Die Brennelementesteuer ist nicht das Ende der Fahnenstange“, sagte der umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Michael Kauch, am Donnerstag im Bundestag.

Auch die Unionsfraktion will einen Großteil der Milliarden-Zusatzgewinne der Konzerne aus längeren Betriebszeiten abschöpfen. Mit dem Geld soll der Ausbau der Öko-Energien gefördert werden. Die Einnahmen aus der neuen Atomsteuer, ab 2011 jährlich 2,3 Milliarden Euro, sollen dagegen unter anderem für die Sanierung des maroden Atom-mülllagers Asse II in Niedersachsen kassiert werden.

Auch SPD und Grüne sind für eine Brennelementesteuer, lehnen längere Laufzeiten der Atomkraftwerke aber strikt ab. Die Grünen-Expertin Bärbel Höhn warf Union und FDP vor: „Sie zerstören den Wettbewerb auf dem Strommarkt.“ Am Ende würden die Verbraucher das Festhalten an der Atomkraft über höhere Strompreise bezahlen müssen. Grüne und SPD wollen vor das Verfassungsgericht ziehen, falls die Koalition eine Laufzeitverlängerung am Bundesrat vorbei durchsetzt.

Die vier Atomkonzerne E.on, RWE, EnBW und Vattenfall sollen ab 2011 2,3 Mrd. Euro zahlen. Die jährliche Abgabe ist Teil des Sparpakets, das den Bundesetat um 82 Mrd. Euro entlasten soll. (dpa)